



Istanbul, Feb. 2006

Regionalmacht Türkei?

Bestandsaufnahme der außenpolitischen Beziehungen der Türkei zu den Staaten des Mittleren/Nahen Osten und des Maghrebs zu Beginn des Jahres 2006

Stefan Hibbeler

Inhalt

| | |
|---|----|
| Das außenpolitische Profil der AK Partei | 3 |
| Die türkisch-iranischen Beziehungen | 5 |
| Die türkisch-syrischen Beziehungen | 6 |
| Die Beziehungen zum Irak | 8 |
| Die Türkei im israelisch-palästinensischen Konflikt | 10 |
| Die Türkei als Energie-Drehscheibe | 11 |
| Zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU | 12 |
| Die Beziehungen zu den USA | 14 |
| Konflikt der Kulturen – die UN-Initiative, die Reform der Islam Konferenz und das G8-Projekt eines „erweiterten Nahen Ostens“ | 16 |

Wer die Außenpolitik eines Landes verstehen will, muss zuvor ein bisschen über dessen Geschichte und Selbstverständnis wissen. Leicht erliegt man sonst der Versuchung, von der vertrauten Geschichte des eigenen Landes und durch die Brille der eigenen Kultur Schlüsse auf den Charakter von Beziehungen zu ziehen, die anderen Bedürfnissen und Ideologien unterworfen sind.

Die heutige Türkei war einst Zentrum eines Imperiums, das über rund 600 Jahre zu den wesentlichen Machtzentren in Europa und dem Nahen Osten zählte. Auch wenn in Westeuropa allgemein von den „Türken“ gesprochen wurde, gegen die man über Jahrhunderte hinweg Krieg führte, so hat das Osmanische Reich nur wenig mit „national“ orientierten Reichen westeuropäischer Prägung zu tun. Es war darum auch kein „türkisches Imperium“, sondern eben das der osmanischen Sultane.

Referat
Westliche Industrieländer
www.fes.de/international

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

Das Aufkommen nationalstaatlicher Ideen gilt als einer der wichtigsten Faktoren für den Untergang des Osmanischen Reiches, dessen Leitideologie der Islam war. Ob man die Beziehung zwischen der islamischen Obrigkeit und den nichtislamischen Völkern als „Toleranz“ charakterisieren möchte, ist eine Diskussion für sich. Doch es ist offensichtlich, dass die Osmanen keine Assimilationsversuche unternahmen.

Die unterworfenen Völker gehörten entweder der Umma an oder erhielten den Status eines „Millet“, was ihnen die Freiheit gab, ihre Religion auszuüben, ihre Sprache zu sprechen sowie ihr eigenes Zivilrecht anzuwenden.



Seit dem 19. Jahrhundert finden sich drei wesentliche Ideen, die für die Prägung der türkischen Außenpolitik von Bedeutung sind:

Die Gemeinschaft der Muslime – Panislamismus

Im 19. Jahrhundert, insbesondere unter dem Sultan Abdul Hamid wurde versucht, eine Solidarität der Muslime den Zerfallstendenzen des Reiches entgegenzusetzen. Im Ersten Weltkrieg wurde der Dschihad (heilige Krieg) ausgerufen. Auch heute noch – und insbesondere seit der zunehmenden Islamfeindschaft in westlichen Staaten – erfreuen sich panislamistische Gedanken beträchtlicher Popularität (vgl. Milliyet Studie).

Die Gemeinschaft der Türken – Panturkismus

Die Wurzeln des türkischen Nationalismus reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück und werden oft als Reaktion auf die Nationalbewegungen der nach Unabhängigkeit strebenden osmanischen Völker charakterisiert. Die Gemeinschaft der Turk-Völker ist Ausgangspunkt einer Idee, die eine Geographie von China bis in den Balkan umfasst.

Westorientierung und Kemalismus

Bereits im 18. Jahrhundert setzten Reformbewegungen ein, die sich an westeuropäischen Vorbildern orientierten. Neben Reformen auf militärischem Gebiet begann bereits im 19. Jahrhundert die Übernahme westlichen Rechts, das zunehmend das osmanische ablöste. Nach dem Befreiungskrieg unter Mustafa Kemal Atatürk und der Gründung der Türkischen Republik 1923 beschleunigte sich das Reformtempo, wobei sich die Zielrichtung des Prozesses mit einem Satz Atatürks umreißen lässt: „Es gibt nur eine Zivilisation – die westliche“. Die kemalistische Außenpolitik ist pragmatisch geprägt und setzt auf friedliche Koexistenz mit allen Nachbarn. Sie trägt zugleich die Tendenz zur Neutralität, d.h. das Bemühen, zu allen großen Mächten gute (und nützliche) Beziehungen zu unterhalten. Auf der Grundlage dieser Politik beispielsweise ist die Türkei nicht aktiv in den Zweiten Weltkrieg eingetreten.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stellt der Korea-Krieg einen Einschnitt dar – die Entsendung türkischer Truppen auf der Grundlage des UN-Mandats führte 1952 zur Einbindung in die NATO. Die Integration in den westlichen Block ist eine Leitlinie türkischer Außenpolitik, doch zugleich auch durch Krisen in den Beziehungen zu den USA und Europa immer wieder durch bedeutende politische Bewegungen in Frage gestellt worden. Ein verwurzeltes Misstrauen der türkischen Öffentlichkeit gegenüber dem Westen, gibt trotz dessen Vorbildfunktion und den jahrhunderte langen Beziehungen immer wieder neuen Auftrieb.

Ein Überblick über die türkische Außenpolitik bliebe unvollständig, beschränkte er sich nur auf die Nachbarstaaten. Zu den vorrangigen Interessen der Türkei gehört zur Zeit der EU-Beitritt. Eines der wesentlichen Argumente, die für diesen Beitritt ins Feld geführt werden, ist die Einbeziehung eines islamischen Landes sowie das politische Potenzial der Türkei in einer der beständigsten Krisenregionen der Welt. In diesem Sinne hat die Türkei auch einiges geleistet – ihr Beitrag zur Befriedung des Balkans sowie die Kommandoführung in Afghanistan haben dem Land internationale Anerkennung eingetragen.

Gleichwohl decken sich nicht alle außenpolitischen Prioritäten der Türkei mit westlicher Politik: mit Blick auf die Nationalbewegung der Kurden genießt die Verhinderung der Herausbildung eines unabhängigen kurdischen Staates im Nord-Irak für die Türkei große Priorität, die sie zu einer direkten Zusammenarbeit mit dem Iran und Syrien veranlasst. Zugleich hat die Türkei kein Interesse an einer Verschärfung der Konfrontation zwischen dem Iran und den westlichen Staaten, würden dadurch doch auch türkische Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen Schaden nehmen. Als islamisch geprägte Gesellschaft gilt die Türkei in den Augen vieler westlicher Politiker als Hoffnungsträger, dass das Land Modell für eine Demokratisierung des „erweiterten Nahen Ostens“ werden könne. Die Türkei tut zwar alles, um einen Dialog zwischen islamischen und westlichen Gesellschaften zu fördern, verwahrt sich jedoch gegen die Zuschreibung eines „Modellcharakters“ und gegen die Charakterisierung eines „gemäßigt islamischen Staates“.

Das außenpolitische Profil der AK Partei¹

Nach Einschätzung der EU-Kommission (Oktober 2004) konzentriert sich die türkische Außenpolitik wesentlich auf die Beziehungen zu ihren Nachbarstaaten. Seit Antritt der AKP-Regierungen im Dezember 2002 und April 2003 ist jedoch erkennbar, dass sich sowohl die Intensität als auch die Thematik der türkischen Außenpolitik im Wandel befinden. Die Türkei positioniert sich stärker als zuvor als Vermittlerin zwischen dem Westen und islamischen Ländern.

Zu den bemerkenswertesten Veränderungen in der türkischen Außenpolitik seit 2003 gehört eine flexiblere Haltung in der Zypern-Politik. Hier hatte die Erdogan-Regierung sich nachdrücklich für den Annan-Plan eingesetzt und damit auch zum positiven

Ausgang des Referendums im April 2004 auf der Insel beigetragen. Als ein wichtiger Faktor für die Beziehungen zu den westlichen Staaten hat es die Regierung außerdem verstanden, sich als Brückenkopf für einen Dialog mit dem Islam zu positionieren.

Ein weiterer Faktor für die Zunahme der außenpolitischen Aktivitäten der AKP-Regierung stellen außerdem wirtschaftliche Beziehungen dar. Das seit 2001 laufende Wirtschaftsprogramm setzt auf ein wesentlich durch den Außenhandel getragenes Wirtschaftswachstum. Zugleich hat sich Erdogan insbesondere im Jahr 2005 verstärkt für Investitionen aus den Golf-Staaten eingesetzt – eine Entwicklung, die insbesondere in den USA mit Besorgnis wahrgenommen wurde.²

Die Türkei befindet sich in mancherlei Hinsicht in einem außenpolitischen Niemandsland – sie liegt am Rande Europas, verfügt über eine islamisch geprägte Gesellschaft und gleichzeitig über eine starke Westorientierung – sie diskutiert immer wieder über eine stärkere Orientierung nach Russland und Mittelasien und sucht zugleich beständig den Ausgleich mit der amerikanischen Außenpolitik. Kemal Köprülü (2005) weist darauf hin, dass das Bemühen der AK Partei, einen Ausgleich zwischen diesen verschiedenen Interessen zu suchen, nicht zuletzt bei ihren Verbündeten zu dem Eindruck von Undurchschaubarkeit und Unzuverlässigkeit führe.³

AK Partei und Regierung versuche andererseits die Lage im Niemandsland auch zur Stärkung der außenpolitischen Position der Türkei zu nutzen, indem sie die Erwartung des Westens, die Türkei möge einen Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Westen und islamischen Gesellschaften leisten, aufgreifen. So beispielsweise im Januar 2006, als nach dem Sieg der Hamas bei den palästinensischen Wahlen sich die Befürchtung ausbreitete, der Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern könne ins Stocken geraten. Hier bemühte sich Ministerpräsident Erdogan während seiner Teilnahme am Weltwirtschaftsforum in Davos, zum einen die Vorbehalte gegen die Hamas zu beschwichtigen und bot andererseits an, die Türkei könne eine Vermittlungsfunktion übernehmen. Ein anderes Beispiel ist die Karikatur-Krise⁴, bei der sich die Türkei intensiv um ein Zusammenkommen von Islam Konferenz und EU-Troika bemüht.

Die Berufung von Prof. Ekmeleddin Ihsanoglu zum Generalsekretär der Organisation der islamischen Konferenz (2004) sowie von Kemal Dervis als Direktor des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (2005) können als weitere Bodengewinne in der türkischen Außenpolitik bewertet werden.

In die Zeit der Erdogan-Regierung fällt außerdem die Intensivierung der Beziehungen zu Syrien, während aufgrund der harschen Kritik Erdogans am israelischen Vorgehen in Palästina die Beziehungen zu Israel einige Spannungen verzeichneten.

Die türkisch-iranischen Beziehungen

Angesichts der Krise in den Gesprächen der EU mit dem Iran über die Fortsetzung des Atomprogramms des Landes brachten im Dezember deutsche Medien die Meldung, dass die USA einen Militärschlag gegen den Iran von türkischem Territorium planten. Auch wenn die Meldung sowohl aus der Türkei als auch den USA dementiert wurde, setzen die westlichen Staaten darauf, den Iran zur Aufgabe all jener Teile seines Atomprogramms zu bewegen, die waffentechnisch genutzt werden könnten.⁵ Für alle nichtmilitärischen Optionen kommt es nicht nur auf die Haltung des Weltsicherheitsrates, sondern insbesondere auch der beiden Nachbarländer Türkei und Pakistan an. Die Besuche hochrangiger Sicherheitsbeamter und Diplomaten der USA sowie von US-Außenministerin Rice unterstreichen diese Erwartungen. Andererseits unterstreicht die türkische Regierung, dass sie für eine diplomatische Lösung des Konflikts ist, wobei offenkundig ist, dass sie kein Interesse an neuen Spannungen in der Region hat.

Vorgeschichte

Über Jahrhunderte setzte Persien den Plänen einer weiteren Erweiterung des Osmanischen Reiches nach Osten Grenzen. Doch erlitten beide Mächte im 19. Jahrhundert starke Einbußen, die sie in immer größere Abhängigkeit zu den europäischen Mächten brachten. Seit dem Abkommen vom 14. März 1937 bestehen jedoch keine Grenzprobleme mehr.⁶ Bis zur iranischen Revolution waren die Türkei und der Iran zwei rivalisierende Regionalmächte mit Westorientierung.

Zentrale politische Themen

Terrorismus in der Türkei speist sich aus drei Quellen: dem kurdischen Separatismus/PKK, islamistischen Aktionen sowie verschiedenen Formen linker Guerilla-Gruppen. Über lange Zeit warf die Türkei dem Iran vor, die Aktivitäten der PKK zu begünstigen. In den Jahren 2004 und 2005 häufen sich jedoch Berichte in türkischen Medien, in denen von einem Vorgehen des Irans gegen die PKK berichtet wird. Andere Vorwürfe beziehen sich auf die Unterstützung islamistischer Terrorgruppen durch den Iran, wie er zuletzt im Dezember 2005 vom 11. Großen Strafgericht Ankara im sog. Umut-Verfahren⁷ erhoben wurde. Zugleich besteht eine starke Systemrivalität zwischen beiden Staaten – der Türkei als einer laizistischen und dem Iran als einer islamischen Republik.

Während die Türkei nach der Besetzung des Iraks eine Nachbarschaftsinitiative zur Erhaltung der territorialen Integrität des Landes startete und dabei den Iran und Syrien einbezog, wird eine wirksame politische Kooperation zwischen der Türkei und dem Iran in dieser Frage skeptisch bewertet.⁸

Andererseits zeigt der Türkei-Besuch des neuen iranischen Außenministers Mottaki Ende November 2005, dass dem Iran an einer Intensivierung seiner Beziehungen zur Türkei gelegen ist. Bei der Berichterstattung wurde betont, dass „ein neuer Anfang“

versucht werden solle. Von türkischer Seite wird dabei insbesondere auf eine Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen gesetzt, wobei hier einige Probleme zu lösen sind.

Wirtschaftliche Verflechtungen

Von Januar bis November 2005 exportierte die Türkei Waren in den Iran mit einem Wert von 820 Mio. Dollar, was einem Anteil von 1,2% des Exportaufkommens entspricht. Die Importe lagen im selben Zeitraum bei 3.174.991 Dollar.

Als 1996 von der Regierung Erbakan das Erdgasabkommen mit dem Iran unterzeichnet wurde, bewerteten Teile der türkischen Öffentlichkeit dies als einen Ausdruck einer islamistischen Außenpolitik der von RP und DYP getragenen Regierung. Angesichts der Diskussionen über die hohe Abhängigkeit der Türkei von russischem Erdgas, wie sie im Zusammenhang des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine über die Preisfestsetzung im Dezember 2005 auftraten, ist vor dem Hintergrund einer zunehmenden Gaslastigkeit der türkischen Energieversorgung der Iran zweitwichtigster Lieferant geworden. Nach Angaben der staatlichen Gas- und Ölgesellschaft BOTAS entfielen im Jahr 2005 von 24.061 Mio. cm³ Erdgasimporten 3.805 cm³ auf den Iran.⁹

Der Konflikt um die Betreiberlizenz des türkisch-österreichischen Konsortiums Tepe-Akfen-Vie für den neuen internationalen Flughafen Teheran und eine geplante Investition des türkischen Mobiltelefonbetreibers Turkcell im Iran verweisen auf Potenziale und Schwierigkeiten der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen. Bei seinem Türkei-Besuch rief der iranische Außenminister Mottaki türkische Unternehmer auf, Joint-Ventures mit iranischen Partnern einzugehen.

Die türkisch-syrischen Beziehungen

Die Beziehungen zwischen der Türkei und Syrien können über lange Zeiträume als frostig bezeichnet werden. Konflikte aufgrund der Provinz Hatay, die 1939 während des französischen Mandats über Syrien an die Türkei abgetreten wurde und Streitigkeiten über die Wassernutzung der grenzüberschreitenden Flüsse, haben die Beziehungen beider Länder über lange Zeit belastet. Seit dem Amtsantritt von Beshar Assad haben die Beziehungen jedoch stark an Intensität zugenommen, während sich zugleich auch die wirtschaftlichen Kooperationen intensivieren (u. a. sind Handelszentren im Grenzgebiet beider Staaten geplant). Das türkische Außenministerium hebt hervor, dass sich nach dem Abkommen von Adana vom 20. Oktober 1998 (Öcalan-Krise) die Beziehungen beider Länder schnell normalisierten. Insbesondere durch den Besuch von Staatspräsident Sezer in Syrien im Jahr 2000 und dem Gegenbesuch von Staatspräsident Assad im Januar 2004 sind neue Kooperationen vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet entstanden.

Andererseits hat sich der Druck der USA auf Syrien insbesondere nach den Attentaten im Libanon (Hariri) im vergangenen Jahr verstärkt. Die USA werfen Syrien die Unter-

stützung bzw. Duldung von terroristischen Organisationen (Israel und Irak) vor und erwarten von der Türkei, dass sie sich am internationalen Druck auf Syrien beteiligt.¹⁰

Vorgeschichte

Über Jahrhunderte Teil des Osmanischen Reiches setzte der Aufstand in Syrien einen Schlusspunkt unter die Beteiligung des Reichs am Ersten Weltkrieg. Die 1939 vollzogene Abtretung der Provinz Hatay an die Türkei durch die Mandatsmacht Frankreich belastete für den Rest des Jahrhunderts die bilateralen Beziehungen. Während sich Syrien während der 60-er und 70-er Jahre insbesondere militärisch an die Sowjetunion anlehnte, entwickelte die Türkei eine Politik des Ausgleichs mit Israel. Das Ultimatum der Türkei im Jahr 1998, den Führer der PKK Abdullah Öcalan auszuweisen, führte beide Länder an den Rand einer militärischen Konfrontation. Konflikte gibt es außerdem angesichts der (GAP-)Staudammprojekte in Südost-Anatolien sowie Wasserverschmutzung. Seit 2000 unterstützt die Türkei jedoch die Reformpolitik Assads und setzt auf die Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die Entspannung in den Beziehungen eröffnete auch eine Öffnung der Grenze für gegenseitige Familienbesuche zu (religiösen) Festtagen.

Zentrale politische Themen

Der wichtigste Fluss Syriens wird durch das GAP-Projekt¹¹ nachhaltig beeinflusst. Schätzungen gehen davon aus, dass die Wassermenge des Euphrat nach Abschluss der türkischen Staudammprojekte um 66% abnehmen wird. Zugleich wird befürchtet, dass aufgrund der intensiveren landwirtschaftlichen Wassernutzung in der Türkei der Verschmutzungsgrad steigen wird.¹²

Die Auseinandersetzungen über die syrische Unterstützung von Terrororganisationen sind zwischen der Türkei und Syrien ausgeräumt. Insbesondere die schnelle Auslieferung gesuchter Personen nach den Selbstmordanschlägen in Istanbul im November 2003 wurde in der Türkei mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Im Hinblick auf den Konflikt über die UN-Untersuchungsmission zum Hariri-Attentat im Libanon hat die Türkei versucht, eine vermittelnde Position einzunehmen. Es wird berichtet, die Türkei habe angeboten, das Verhör führender syrischer Beamter und Politiker in der Türkei durchzuführen.

Wirtschaftliche Verflechtungen

Die türkischen Exporte nach Syrien erreichten von Januar bis November ein Volumen von rund einer halben Milliarde Dollar. Das Importvolumen im selben Zeitraum belief sich auf 247,18 Mio. Dollar. Anlässlich des Türkei-Besuches von Assad im Jahr 2004 wurde ein Doppelbesteuerungsabkommen unterzeichnet. Zwischen dem Türkischen Verband der Kammern und Börsen (TOBB) und Syrien wurde eine Kooperation beim Aufbau der syrischen Börsen vereinbart.

Die Beziehungen zum Irak

Die Beziehungen zum Irak unter Saddam Hussein können als distanziert charakterisiert werden. Nach dem ersten Golfkrieg führte die Türkei mehrfach grenzüberschreitende Militäraktionen gegen die PKK auf irakischem Territorium durch und verfügte über eine ständige Militärpräsenz im Nord-Irak. Vor dem zweiten Golfkrieg gehörte es zu den Zielen der türkischen Außenpolitik, eine Kooperation zwischen Barzani und Talabani herbeizuführen. In diesem Zusammenhang leistete die Türkei auch einen Beitrag zum Aufbau der Infrastruktur im Nord-Irak. Die Verweigerung der Stationierung amerikanischer Truppen zum Angriff auf den Irak durch den Parlamentsbeschluss vom 1. März 2003 muss zum einen im Zusammenhang mit einer starken Friedensbewegung in der Türkei, zum anderen aber auch vor dem Hintergrund einer großen Skepsis des türkischen Militärs hinsichtlich Zielen und Erfolgsaussichten des Unternehmens gesehen werden. Ein späteres Angebot der Türkei, sich mit Truppen zu beteiligen, wurde von der provisorischen irakischen Regierung abgelehnt.

Die Verhinderung eines selbständigen kurdischen Staates im Nord-Irak gehört zwar noch zu den Prioritäten türkischer Außenpolitik, gleichwohl mehren sich Kommentare in der Türkei¹³, dass man sich weitgehend mit veränderten Verhältnissen abgefunden habe. Ein empfindlicher Punkt aus türkischer Sicht ist jedoch der Status der Stadt Kerkut sowie die Lage der Turkmenen im Irak. Betrachtet man die Entwicklung des Außenhandels, gehört die Türkei zu den wichtigsten Nutznießern nach der Besetzung des Iraks. Langfristig werden die Entwicklungsmöglichkeiten der türkischen Südost-Provinzen stark von der Entwicklung im Irak abhängen.

Vorgeschichte

Ein zentraler Konflikt der Region ist die Nationalbewegung für ein unabhängiges Kurdistan¹⁴, die über Jahrzehnte nicht nur in der Türkei sondern auch im Iran, Irak und Syrien – nicht zuletzt auch als politisches Instrument anderer Mächte – zu „Kriegen auf niedrigem Niveau“ geführt hat. In der Türkei hat es seit der Republikgründung verschiedene Aufstände von Kurden gegeben – am nachhaltigsten wirken die Terroranschläge der PKK seit 1984.

Hatte die Türkei nach dem ersten Golfkrieg durch das UN-Embargo eine der schwersten Kriegslasten zu tragen, die noch durch das Machtvakuum im Nord-Irak, das der PKK einen idealen Rückzugsraum schuf, verstärkt wurde, so ist sie seit der Besetzung des Landes einer der größten Profiteure in wirtschaftlicher Hinsicht. Angesichts der engen Beziehungen zwischen den USA und den nordirakischen Kurden hat jedoch der türkische Einfluss im Nord-Irak stark nachgelassen.

Vor dem Hintergrund der in der Türkei nach wie vor weit verbreiteten „Sevre-Psychologie“¹⁵ werden nicht nur die Besetzung des Iraks und mittelfristig die Gefahr eines Zerfall des irakischen Staates als Bedrohung wahrgenommen, es ist auch die Befürchtung verbreitet, unmittelbar in den Nahost-Konflikt einbezogen zu werden. Ist Israel

zwar auf der einen Seite ein Bündnispartner, so haben wiederholte Meldungen über israelische Aktivitäten im Nord-Irak sowie die Perspektive einer alternativen Öl-Pipeline vom Irak nach Israel das Bedrohungsgefühl in der türkischen Bevölkerung weiter verstärkt. Die von der Türkei initiierte „Nachbarschaftsinitiative“ mit Syrien und dem Iran hat sich demgegenüber als ein ausgesprochen schwaches Instrument erwiesen – Aussicht auf politische Wirksamkeit hätte diese Allianz wohl nur haben können, wenn sie zugleich zu einem spürbaren Rückgang des irakischen Widerstands gegen die Besatzung geführt hätte.

Zentrale politische Themen

Im Grunde lassen sich die politischen Themen zwischen beiden Ländern aus türkischer Sicht unter drei Stichworten zusammenfassen: Kurden-Politik, Kräfteverhältnisse in der Region sowie Wirtschaftsbeziehungen. Seit dem 1. Irak-Krieg genießt die Kurden-Politik für die Türkei Priorität. Es ist erklärtes Ziel Ankaras, die Herausbildung eines unabhängigen Staates im Norden Iraks zu verhindern. Hatte die Türkei bereits zu Beginn der 90-er Jahre mehrfach grenzüberschreitende Militärationen gegen die PKK unternommen, so unterhält sie seit dem 1. Irak-Krieg eine Militärmission im Norden des Irak, die auch über weit reichende Verbindungen zu kurdischen Gruppen verfügt. Auf der anderen Seite hat die Schwäche des irakischen Staates dazu geführt, dass die PKK nach wie vor irakisches Territorium als Rückzugsbasis nutzen kann.

Hatte die Türkei noch 2003 erklärt, eine Unabhängigkeitserklärung Kurdistans vom Irak könne als Grund für eine militärische Intervention gelten, so deuten inzwischen eine Reihe von Anzeichen darauf, dass Ankara zwar nach wie vor alles daran setzen wird, eine solche Entwicklung zu verhindern oder mindestens zu verlangsamen, die türkische Außenpolitik sich jedoch auch auf diese Entwicklung einstellt (vgl. Yetkin, 2005). In diesem Zusammenhang muss auch die türkische Forderung hinsichtlich des Kerkut-Referendums gesehen werden. Die Türkei favorisiert eine direkte Unterstellung der Stadt und der Region unter die irakische Zentralregierung, um zu verhindern, dass die nordirakischen Ölvorkommen unter die Kontrolle der Kurden geraten.

Nach der Besetzung hatte sich die Türkei auch dafür eingesetzt, der turkmenischen Minderheit im Irak besondere verfassungsmäßige Rechte zukommen zu lassen. Bei den Parlamentswahlen konnte sich jedoch nur ein turkmenischer Kandidat durchsetzen.

Während sich die wirtschaftlichen Beziehungen zum Irak seit der Besetzung stark intensiviert haben, scheidet der Irak auch auf absehbare Zeit als Rivale im regionalen Kräfteverhältnis weitgehend aus.

Wirtschaftliche Verflechtungen

Die türkischen Exporte in den Irak lagen von Januar bis November 2005 bei 2,425 Mrd. Dollar, was einem Anteil von 3,7% des türkischen Gesamtexportes entspricht. Im

Vorjahreszeitraum hatte das Volumen noch bei 1,621 Mrd. Dollar und einem Anteil von 2,9% gelegen. Da der Irak nicht zu den 50 wichtigsten Importherkunftsländern gehört, liegen zum Importvolumen keine Daten vor.

Die Türkei im israelisch-palästinensischen Konflikt

Ohne Zweifel gehen vom israelisch-palästinensischen Konflikt seit mehr als dreißig Jahren Impulse aus, die nachhaltigen Einfluss auf andere Spannungen des Nahen Ostens haben. Die Türkei hat sich dabei nie auf die Seite der muslimischen Opposition gegen Israel gestellt. In den 1990-er Jahren bildete sich demgegenüber eine Allianz zwischen den USA, Israel und der Türkei heraus, die als ein neues „Machtdreieck“ in der Region bewertet wurde.¹⁶ Andererseits unterhält die Türkei auch Kontakte zu palästinensischen Organisationen, was eine Initiative wie die Wiederbelebung des Industriegebietes Erez ermöglichte, die als trilaterales Projekt zwischen der Türkei, der palästinensischen Autonomieverwaltung und Israel zum Jahresanfang 2006 unterzeichnet wurde.¹⁷

Hat die Bedeutung Syriens als gemeinsamer Gegner in den vergangenen Jahren nachgelassen, so erhofft sich die Türkei nach wie vor viel von jüdischer Lobby-Aktivität in den USA sowie israelischer Unterstützung im Hinblick auf den EU-Beitrittsprozess.

Vorgeschichte

Es gibt eine Reihe recht unterschiedlicher Deutungen der Beziehungen von Israel und der Türkei. Manche gehen von kulturellen Ähnlichkeiten aus, andere stellen sie in den Zusammenhang einer gemeinsamen Gegnerschaft mit Syrien und wieder andere sehen in ihnen ein Machtkartell, das Teil der amerikanischen Außenpolitik ist. Zumindest seit Beginn der 1990-er Jahre sind die Beziehungen zwischen den drei Ländern so wichtig geworden, dass keines der Länder eine längerfristige Verschlechterung der Beziehungen hinnimmt.¹⁸

Hatte der Aufschwung der türkisch-israelischen Beziehungen in der zweiten Hälfte der 1990-er Jahre für beträchtliches Aufsehen gesorgt¹⁹, haben kritische Äußerungen von Ministerpräsident Tayyip Erdogan im Juni 2004 zu einer starken Abkühlung der Beziehungen geführt.²⁰ Nach dem Israel-Besuch Erdogans im Mai 2005 haben sich die Beziehungen wieder entspannt, haben jedoch bisher nicht wieder die Intensität erreicht, die sie einige Jahre zuvor hatten.

Zentrale politische Themen

Mit der Entscheidung, 1.000 Kampfpanzer in Israel modernisieren zu lassen, ist Israel nach den USA ein wichtiger Partner für das türkische Rüstungsprogramm geworden.²¹ Weitere Modernisierungsprogramme sind zudem für Kampfflugzeuge durchgeführt worden. War für die Türkei die Entscheidung für eine Modernisierung statt der Anschaffung neuer Waffen vor allem diktiert durch die in Folge mehrerer Wirtschafts-

krise geleerten Kassen, so kann die politische Dimension von Rüstungsaufträgen solcher Größenordnung nicht übersehen werden.

Auf der anderen Seite haben sich im Januar 2006 die Vorbereitungen für die Verlängerung der „Blue Stream“ Pipeline von Russland durch das Schwarze Meer nach Ankara bis zur Mittelmeerküste, mit dem Ziel, russische Gaslieferungen an Israel aufzunehmen, konkretisiert. Meldungen über einen Einspruch des russischen Präsidenten Putin gegen das Geschäft Anfang Februar zeigen jedoch, dass sein Zustandekommen bisher nicht gesichert ist.

Auf der anderen Seite haben in der Türkei seit der Besetzung des Iraks immer wieder Meldungen für Unruhe gesorgt, die von israelischen Ausbildern für kurdische Milizen berichten. Offiziell sind solche Meldungen von Israel immer dementiert worden. Andererseits wird davon ausgegangen, dass in der israelischen Öffentlichkeit das Projekt eines kurdischen Staates mit Sympathie verfolgt wird.

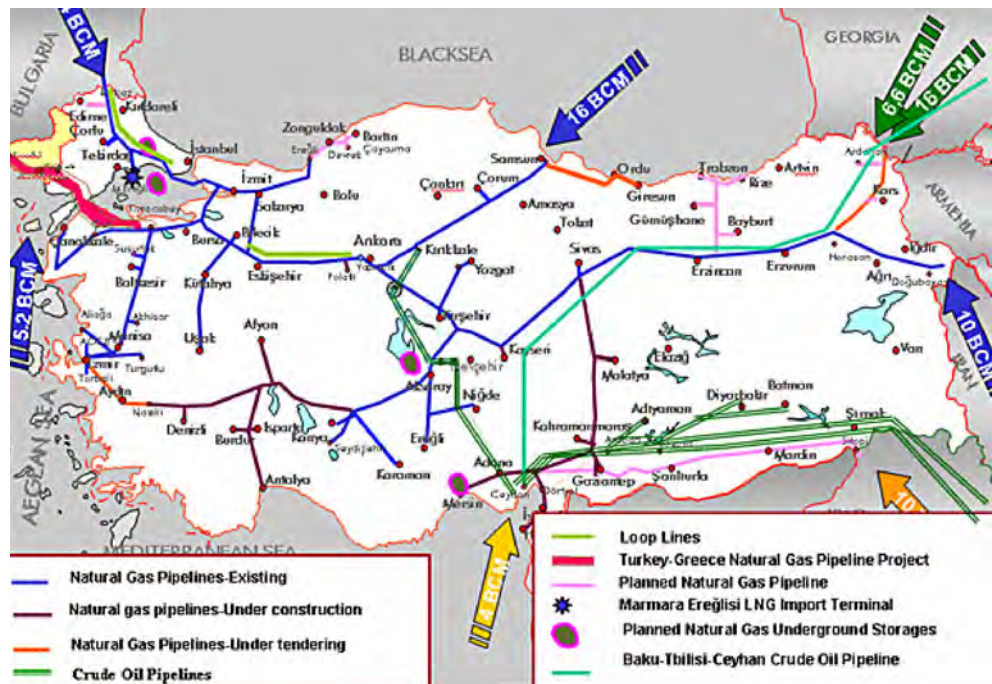
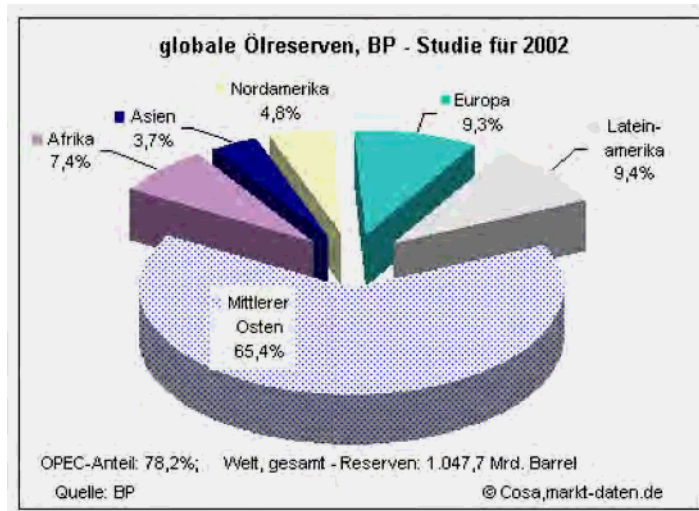
Die Erdogan-Regierung hat außerdem deutlicher als ihre Vorgänger auf die Einhaltung des Nahost-Friedensplans gedrängt und das Vorgehen israelischer Sicherheitskräfte gegen Flüchtlingslager sowie Anschläge gegen palästinensische Milizfunktionäre wiederholt verurteilt. Umgekehrt hat der israelische Generalkonsul für Istanbul im Januar erklärt, dass man natürlich die Souveränität der Türkei achte, die Intensität der türkischen Beziehungen zum Iran und Syrien jedoch nicht ohne Folgen für die israelisch-türkischen Beziehungen bleiben könnten.

Wirtschaftliche Verflechtungen

Am 4. Januar 2006 unterzeichnete Außenminister Abdullah Gül in Ramallah das türkisch-israelisch-palästinensische Kooperationsabkommen über die Wiederbelebung der Industriezone Erez. Die Vorbereitungen des Gemeinschaftsprojektes hatten bei einem Treffen von Geschäftsleuten aller drei Länder im April 2005 in der Türkei begonnen. Die Schwierigkeiten, aber auch Potenziale des Projekts zeigen sich nicht zuletzt in der Unterzeichnungszeremonie, die zunächst in Ramallah und einen Tag später in Jerusalem vollzogen wurde. Mit der Verwirklichung des Projekts würden Zehntausende Arbeitsplätze für Palästinenser entstehen. Die Aussicht auf eine bessere wirtschaftliche Zukunft gilt als ein wichtiger Faktor, der zu einem geeigneten Klima für eine friedliche Konfliktlösung beiträgt.

Die Türkei als Energie-Drehscheibe

In den vergangenen Jahren hat die Türkei auch im Hinblick auf die Erschließung der mittelasiatischen Öl- und Gastvorkommen für den Weltmarkt von sich Reden gemacht. Hintergrund sind verschiedene Pipeline-Projekte, die zum Teil jüngst fertig gestellt wurden (Baku – Tiflis – Ceyhan sowie die Schwarzmeer-Gaspipeline ‚Blaue Strömung‘) oder sich im Planungsstadium befinden (Weiterführung der türkischen Pipelines auf den Balkan, Verlängerung der ‚Blauen Strömung‘ bis ans Mittelmeer).



Ein Überblick über das türkische Pipeline-Netz (Quelle: staatlicher Energieversorger BOTAS)

Zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU

Der EU-Fortschrittsbericht 2005 zur Türkei²² bescheinigt, dass diese weiterhin überwiegend eine Politik durchführe, die dem Rahmen der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik²³ folge. Ihre Haltung zum Barcelona Prozess²⁴, einer Kooperation der EU mit dem Mittelmeerländern, sowie zur EU-Nachbarschaftspolitik wird grundsätzlich als konstruktiv bewertet, auch wenn darauf hingewiesen wird, dass die Grenze zu Armenien nach wie vor geschlossen ist sowie die Konflikte mit Griechenland und Zypern nicht ausgeräumt sind.

In ihrem Bericht über „Fragen, die sich aus einem möglichen EU-Beitritt der Türkei ergeben“ vom Oktober 2004 weist die EU-Kommission²⁵ ebenfalls auf die weitgehende Übereinstimmung der türkischen Außenpolitik mit der der EU hin. Während die Erweiterung die EU in direkte Nachbarschaft zu einigen offenen Konfliktherden wie dem Kaukasus, den Irak, den Iran und den Nahost-Konflikt brächte, wird zugleich auch auf die Perspektive hingewiesen, dass die EU durch eine türkische Mitgliedschaft größere Spielräume zur Entwicklung einer stabilisierenden Rolle in diesen Konflikten entwickeln könnte.

Aktuelle Probleme zwischen der Türkei und der EU im Hinblick auf die Nahost-Länder und den Kaukasus gibt es zurzeit nicht. Jedoch sind Diskussionen in der Türkei über eine mögliche militärische Intervention im Falle einer Unabhängigkeitserklärung des kurdischen Nord-Iraks von den EU-Staaten scharf zurückgewiesen worden.

Meinungsverschiedenheiten gibt es außerdem zwischen der Türkei und der EU über die Aufnahme der Republik Zypern in internationale Organisationen, in denen die Türkei bereits Mitglied ist. Bisher hat die Türkei dies durch Veto verhindert.

Im vergangenen Jahr fand zum 10-jährigen Bestehen des Barcelona-Prozesses ein Jubiläumsgipfel statt. Zwei Einzelheiten dieses Kongresses werfen ein Schlaglicht auf das Projekt und zeigen zugleich Grenzen und Bedeutung der türkischen Rolle für die EU auf. Zum einen zeigte sich, dass eine Reihe der geladenen Staatschefs an der als Gipfeltreffen geplanten Konferenz aufgrund anderer Termine nicht teilnahmen. Zum anderen gelang es nur unter größter Mühe eine gemeinsame Deklaration zum gemeinsamen Eintreten gegen Terrorismus zu formulieren, wobei deutlich die unterschiedlichen Positionen von EU-Mitgliedern und nordafrikanischen Staaten zutage traten. Wertet man den Ausgang der Konferenz unter EU-Gesichtspunkten, so zeigt sich, dass es in zehn Jahren nicht gelungen ist, eine Position zu entwickeln, die innerhalb Europas tragfähig wäre und zugleich eine politische Perspektive umfasste, die es den Nichtmitgliedern erlaubte, sich ihr anzuschließen. Dies wiederum setzt einer Brückenfunktion der Türkei – wie sich auch in der bereits erwähnten Karikaturen-Krise zeigt – enge Grenzen, denn im Grunde mangelt es nicht an Plattformen, auf denen diskutiert werden könnte oder Kenntnissen über die gegenseitigen Positionen, sondern an Bemühungen, Positionen zu finden, die festgefahrenen Positionen in Bewegung zu bringen.

Während die Türkei einerseits eine Erfolgsstory der EU im Hinblick auf die Wirksamkeit dialogischen Vorgehens zur Initiierung demokratischer Reformen darstellt, hat die EU-Beitrittsperspektive auch den Diskussionsprozess über die weitere Entwicklung der EU-Nachbarschaftspolitik²⁶ vertieft. Gegner einer türkischen EU-Mitgliedschaft haben verschiedene Modelle vorgelegt, die die Formel einer „privilegierten Partnerschaft“ mit Leben erfüllen und eine über den bereits erreichten Stand hinausgehende Integration des Landes in die EU ermöglichen sollen. Diese Modelle sollen zugleich auch für ande-

Friedrich-Ebert-Stiftung
Cihannüma Mahallesi
Mehmet Ali Bey Sk. 10/D5
34353 Besiktas-Istanbul
Türkei
Tel: +90 212 258 70 01
contact@festr.org
www.festr.org

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

re Länder – beispielsweise die Ukraine – in Betracht gezogen werden. Aufgrund der türkischen Position, die auf eine Vollmitgliedschaft abzielt, sowie die Entscheidung des Europäischen Rates im Dezember 2004 sind diese Modelle bisher „auf dem Papier“ geblieben.

Die Beziehungen zu den USA

Fragt man Türken nach den Beziehungen ihres Landes zu den USA, so wird man häufig mit der These konfrontiert, dass sich keine Regierung halten könne, wenn die USA grundlegende Einwände erhöhe. Dies mag übertrieben sein, doch war während der 1990-er Jahre die USA der wohl wichtigste außenpolitische Partner der Türkei. Insbesondere bei den Diskussionen über die EU-Reformen von 1999 bis 2002 gehörte die Frage, ob eine Orientierung an den USA nicht Vorrang vor dem EU-Prozess genießen sollte, zu den wichtigen Diskussionspunkten. Mit der Entscheidung zugunsten der Reformen und der Eröffnung einer Perspektive für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen jedoch trat das Thema in den Hintergrund.

Es ist interessant, dass die neue AK Partei-Regierung in den USA im Zusammenhang mit den Diskussionen über eine Initiative für den „erweiterten Nahen Osten“ zunächst mit positiven Erwartungen bedacht wurde. Zugleich unterstützen die USA die EU-Beitrittsperspektive der Türkei nachdrücklich, wohl wissend, dass dadurch ihr Einfluss auf das Land zurückgehen wird.

Angesichts von Interessenkonflikten im Hinblick auf die Stellung der irakischen Kurden im Nachkriegs Irak haben seit 2003 die Beziehungen beider Länder einige Spannungen durchlaufen. Andererseits konstatieren türkische Medien, dass seit der Verschärfung des Konflikts um das Atom-Programm des Iraks die Beziehungen zwischen der Türkei und den USA auch aus Sicht letzterer wieder an Bedeutung gewinnen.

Einflussreiche amerikanische Nahost-Experten wie insbesondere Michael Rubin (American Enterprise Institute) sehen jedoch die Entwicklung in der Türkei unter der Regierung von Tayyip Erdogan skeptisch und warnen vor Entwicklungen die Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Frage stellen könnten.

Vorgeschichte

Besondere Beziehungen der Türkei zu den USA reichen bis auf das Ende des Ersten Weltkrieges zurück, wo sich türkische Intellektuelle von einer amerikanischen Intervention Erleichterungen bei den Friedensbedingungen versprachen. Nach Ende des zweiten Weltkrieges vertieften sich die Beziehungen zwischen der Türkei und den USA, was sich zunächst in umfangreicher Militärhilfe sowie Programmen zur Mechanisierung der Landwirtschaft niederschlug. Der Übergang vom Ein- zum Mehrparteien-System fällt ebenfalls in diese Phase.

Nach Teilnahme der Türkei an der UN-Mission in Korea trat die Türkei der NATO bei. Während des Kalten Krieges gehörte das Land zu den strategischen Außenposten des

Bündnisses und genoss insbesondere wegen der Abhörmöglichkeiten einige Bedeutung.

Einen schweren Rückschlag erlitten die Beziehungen im Jahr 1964 als die Türkei eine militärische Intervention auf Zypern erwog. US-Präsident Johnson teilte dem türkischen Präsidenten Ismet İnönü mit, dass amerikanische Waffen für diesen Zweck nicht einzusetzen seien und die NATO im Falle einer russischen Intervention nicht eingreifen werde. In der Türkei führte dieser Brief zu einer stark antiamerikanischen Stimmung unter linken Kreisen und nationalistischen Kreisen. Einen ihrer Höhepunkte fand diese Stimmung im Protest gegen den Besuch der 6. US-Flotte in Istanbul im Jahr 1969.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion stellte die türkische Außenpolitik vor eine Neuorientierungsfrage. Doch insbesondere seit den Bombenanschlägen vom 11. September 2001 gewann das Land erneut an Bedeutung für die US-Außenpolitik.²⁷ Doch zumindest die militärische Komponente der Zusammenarbeit erlitt durch die Zurückweisung der Stationierungsvollmacht amerikanischer Truppen durch das türkische Parlament am 1. März 2003 einen starken Rückschlag.²⁸

Insbesondere seit der zweiten Jahreshälfte 2005 haben sich die Kontakte auf Beamtenebenen verstärkt, für Februar 2006 wird US-Außenministerin Rice in der Türkei erwartet. Der Ankara-Korrespondent der türkischen Tageszeitung „Radikal“ Murat Yetkin²⁹ bewertete die diplomatische Aktivität der letzten Monate als einen neuen „Frühling“ in den Beziehungen beider Länder, der wesentlich auf die Auseinandersetzungen mit dem Iran zurückzuführen sei.

Zentrale politische Themen

Insbesondere seit die PKK im Sommer 2005 ihre Anschläge in der Türkei wieder aufgenommen hat, drängt die Türkei verstärkt auf ein amerikanisches Vorgehen gegen PKK-Camps im Nord-Irak. Als Antwort haben die USA jedoch darauf hingewiesen, dass sie zwar die PKK als terroristische Organisation bewerten, zur Zeit jedoch keine militärischen Aktionen beabsichtigten. Vielmehr solle die Türkei ihre politischen Lösungsversuche – einschließlich einer Amnestie für PKK-Kämpfer – verstärken.

Auf der anderen Seite setzt sich in den USA die Erkenntnis durch, dass eine Quelle für den Antiamerikanismus, den Botschafter Edelman im vergangenen Jahr wiederholt beklagte, auch auf die ausbleibende Intervention gegen die PKK im Nord-Irak zurückgeht. In diesem Zusammenhang gehen Empfehlungen an die US-Administration in Richtung auf Schritte unterhalb einer direkten militärischen Kampagne gegen die PKK, beispielsweise die Auslieferung hoher PKK-Funktionäre, die sich im Nord-Irak aufhalten und eine transparente Politik hinsichtlich der Kurden im Nord-Irak, um weitere Befürchtungen, die USA verfolge Pläne zur Gründung eines kurdischen Staates im Nord-Irak zu zerstreuen. Soner Capagtay merkt zudem an, dass sich die USA eine distanziertere Politik gegenüber der regierenden AK Partei zueigen machen sollte. Aussagen, dass die AK Partei-Regierung ein Beweis für das Funktionieren der türkischen Demokratie sei,

vernachlässige, dass dies bereits zuvor oft genug bewiesen wurde und schüre Ressentiments bei den laizistischen Eliten des Landes.³⁰ Vor seinem Amtsantritt erklärte der neue US-Botschafter in Ankara, dass es wichtigstes Ziel seiner Mission sei, neue Missverständnisse zwischen beiden Ländern zu vermeiden und unterstrich, dass die PKK eine gemeinsame Bedrohung für die Türkei und die USA darstelle.³¹

Angesichts einer wachsenden Zusammenarbeit des Irans und Syriens haben sich in der zweiten Hälfte 2005 die USA um eine Verbesserung ihrer Wahrnehmung in der Türkei bemüht.

Konflikt der Kulturen – die UN-Initiative, die Reform der Islam Konferenz und das G8-Projekt eines „erweiterten Nahen Ostens“

Die zunächst von den USA aufgebrachte und später von den G8 aufgegriffene Initiative für den „erweiterten Nahen Osten“ (GMEI) hat zwiespältige Reaktionen ausgelöst.³² Während ihre Gegner einerseits darin eine Neuauflage kolonialer, imperialistischer Politikmuster sehen, haben andererseits Regierungen der Region immer wieder darauf hingewiesen, dass Reformimpulse aus den Ländern selbst hervorgehen müssten und nicht von außen aufoktroziert werden dürften.

Offen ist dagegen, was wirklich Gegenstand der GMEI ist. 2002 starteten die USA ihre Middle East Partnership Initiative, die ein klassisches Programm politischer und wirtschaftlicher Kooperation mit einem Förderfond darstellt. Die im Juni 2004 beim G8-Gipfel in Sea Island verabschiedete GMEI³³ wiederum stellt vor allem einen politischen Rahmen dar, ohne näher auf Umsetzungspolitiken einzugehen.

Am 15. Juli 2005 gab UN-Generalsekretär Kofi Annan den Start einer Initiative „Alliance of Civilizations“ bekannt³⁴, die vom spanischen Ministerpräsidenten José Luis Rodríguez Zapatero ausging und vom türkischen Ministerpräsidenten Tayyip Erdogan aufgegriffen wurde. Die Initiative ist dazu gedacht, den Einfluss von Extremisten einzudämmen, indem der gegenseitige Respekt vor religiösen Bekenntnissen und Traditionen gefördert wird.

Erste Veranstaltungen im Rahmen der Initiative haben bereits stattgefunden. Auch haben sich angesichts der Eskalation der Karikatur-Krise Erdogan und Zapatero mit einem offenen Brief, der im International Herald Tribune (6.02.06) veröffentlicht wurde, in dem sie das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung unterstreichen, jedoch auch darauf hinweisen, dass jedes Recht mit Verpflichtungen verbunden sei, die in diesem Fall in der Rücksicht auf die Empfindlichkeiten anderer bestehen.

Zugleich hat sich in der Organisation der islamischen Konferenz ein Reformklima³⁵ durchgesetzt, dass der Organisation größere internationale Wirksamkeit verleihen soll. Seit 2004 ist der Türke Prof. Ekmeleddin Ihsanoglu Generalsekretär der Organisation, die in einen Diskussionsprozess über die Reform von Arbeitsinhalten und –strukturen eingetreten ist.

Fussnoten:

1 Für einen Überblick: Günter Seufert – Vom Außenposten des Westens zum regionalen Akteur (Das Parlament, Nr. 32-33 vom 8.08.2005):

<http://www.das-parlament.de/2005/32-33/Thema/019.html>

2 Vgl. Michael Rubin: Green Money, Islamist Politics in Turkey. In: Middle East Forum, Winter 2005, Vol. 12, No. 1. Internet: <http://www.meforum.org/article/684>

3 Vgl. Kemal Köprülü: Paradigm Shift in Turkey US Relations. In: Turkish Policy Quarterly, Vol. 4, No. 1 (Winter 2005).

Internet: http://www.esiweb.org/pdf/esi_turkey_tpq_id_23.pdf

4 Die Karikatur-Krise geht auf die Veröffentlichung einer Mohammed-Karikatur zurück, bei der der Turban des Propheten in Form einer Bombe gezeichnet wurde. Nachdem Muslime zum Boykott dänischer Waren aufgerufen hatten, wurde aus Solidarität die Karikatur in verschiedenen europäischen Zeitungen ebenfalls abgedruckt, was die Proteste der islamischen Welt anheizte. Anfang Februar 2006 wurden zahlreiche westliche Botschaften in islamisch geprägten Ländern angegriffen.

5 Zum letzten Stand im Konflikt über das iranische Atom-Programm: Stiftung Wissenschaft und Politik (2006):

www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1552&PHPSESSID=b7a18a5e2ab8ab8cd93334d7c5faab12

6 Eine Darstellung der türkisch-iranischen Beziehungen aus iranischer Sicht (türkisch): <http://www.irankulturevi.com/turkce/iran/iran.htm>

7 Im Umut-Verfahren wurden spektakuläre Morde wie der am Journalisten Ugur Mumcu, Prof. Dr. Ahmet Taner Kislali, Prof. Dr. Muammer Aksoy, Doç. Dr. Bahriye Üçok u.a. gerichtlich aufgearbeitet. In der Tageszeitung Sabah vom 25.12.2005 wird auf die vom Gericht in der schriftlichen Urteilsbegründung Haltung des Irans zum Terrorismus hingewiesen.

8 Vgl. Bewertung des pensionierten Generals Armagan Kuloglu im August 2004 (ASAM). "Türkiye Iran İlişkilerinde Denge ve Kontrol"

Internet: <http://www.avsam.org/tr/analizler.asp?ID=2>

9 Vgl. http://www.botas.gov.tr/faliyetler/dg_ttt.asp

10 Turkish Expressions of Solidarity with Syria (MEMRI, 23.03.2005): <http://memri.org/bin/articles.cgi?Page=countries&Area=turkey&ID=SP88305>

11 Nähere Informationen zum GAP-Projekt in englischer Sprache finden sich auf der Webseite der regionalen GAP-Entwicklungsverwaltung:

http://www.gap.gov.tr/index_en.php

12 Zur Auseinandersetzung über die Folgen des GAP-Staudammprojekts für Syrien und Irak:

www.khrp.org/environment/Iraq%20Syria%20Report%20FINAL%20-%20BODY.doc

13 Murat Yetkin: Yeni Irak-Kürt siyaseti sekilleniyor (Radikal, 3.11.2005):

<http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=168796>

14 Kurden im Nahen Osten - Amke Dietert: Der Traum vom vereinten Kurdistan lebt in den Herzen. (Das Parlament, Nr. 32-33, 8.08.2005): <http://www.das-parlament.de/2005/32-33/Thema/017.html>

15 Der Friedensvertrag von Sevres sah eine Aufteilung des Gebietes der heutigen Türkei in verschiedene Länder mit nur einem kleinen Gebiet für die Türken vor.

16 What binds Ankara and Jerusalem (Jerusalem Post, 1.05.2005/The Middle East Forum). <http://www.meforum.org/pf.php?id=708>

17 Stand der türkisch-palästinensischen Beziehungen beim Erdogan-Besuch am 3. Mai 2005 in einer Erklärung der Autonomiebehörde:

http://www.ipc.gov.ps/ipc_new/english/details.asp?name=4350

18 Asiye Öztürk: Das Entstehen eines Macht-Dreiecks. (Aus Politik und Zeitgeschichte, 33-34, 2004)

www.bpb.de/publikationen/JBRF6Q,5,0,Das_Entstehen_eines_MachtDreiecks.html

19 Amikam Nachmani: The Remarkable Turkish-Israeli Tie (The Middle East Quarterly June 1998). <http://www.meforum.org/pf.php?id=394>

20 Ministerpräsident Erdogan kritisiert israelisches Vorgehen gegen das palästinensische Refah-Camp als „Staatsterrorismus“ (Guardian, 4.06.2004):

<http://www.guardian.co.uk/israel/Story/0,2763,1231094,00.html>

21 Beitrag zur Entwicklung israelischer Waffenexporte (AP, November 2003):

<http://www.sfgate.com/cgi-bin/article.cgi?f=/news/archive/2003/11/18/international0156EST0428.DTL>

22 EU-Kommission: Fortschrittsbericht 2005 (November 2005).

http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/report_2005/pdf/package/sec_1426_final_de_progress_report_tr.pdf

23 Vgl.: Barcelona Prozess (Aus Politik und Zeitgeschichte, 45/2005).

<http://www.bpb.de/files/A35BIR.pdf>;

Auswärtiges Amt: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/europa/eu_aussenpolitik/gasp/index_html;

(Scad Plus) Erklärung von Barcelona und Partnerschaft Europa-Mittelmeer.

<http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/r15001.htm>

24 Vgl.: Auswärtiges Amt: Euromediterrane Partnerschaft. http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/europa/eu_aussenpolitik/entwicklungszusammenarbeit/mittelmeeranrainger_html

25 EU-Kommission: Fragen im Zusammenhang mit der möglichen Mitgliedschaft der Türkei in der EU. (6. Oktober 2004)

http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/report_2004/pdf/issues_paper_de.pdf

26 Auswärtiges Amt: EU-Nachbarschaftspolitik. http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/europa/eu_aussenpolitik/nachbarschaftspolitik/index_html

27 Jason Vest: Turkey, Israel and the US (The Nation, 2002)

<http://www.thenation.com/doc/20020902/vest20020823>;

- Kemal Köprülü: Paradigm Shift in Turkish US Relations (Turkish Policy Quarterly, Vol. 4, No. 1 Spring 2005): http://www.esiweb.org/pdf/esi_turkey_tpq_id_23.pdf
- 28 Ein Schlaglicht auf die Beziehungen im März 2005: Spannungen (Christian Science Monitor, 21.03.05): <http://www.csmonitor.com/2005/0321/dailyUpdate.html>
- 29 Murat Yetkin: ABD ile ilişkilerde İran baharı (Radikal, 19.01.06): <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=176134>
- 30 Soner Cagaptay: Where goes the U.S.-Turkish Relationship? In: Middle East Quarterly Fall 2004, Vol. XI, No. 4. Internet: <http://www.meforum.org/article/657>
- 31 Next US Ambassador to Ankara Gives 4 Messages (Turkish Weekly, Nov. 2005) <http://www.turkishweekly.net/news.php?id=21635>
- 32 Bernhard Schmid: Entstehung und Ziel des „Greader Middle East“- Programms <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/19/19379/1.html>
- 33 Partnership for Progress and a Common Future with the Region of the Broader Middle East and North Africa, Sea Island, June 9, 2004 <http://www.g7.utoronto.ca/summit/2004seaisland/partnership.html>
- 34 Secretary-General Announces Launch of “Alliance of Civilizations” Aimed at Bridging Divides between Societies Exploited by Extremists. <http://www.unis.unviena.org/unis/pressrels/2005/sgsm10004.html> ; Spain and Turkey lead UN initiative in search of peaceful coexistence (Turkish Weekly, Nov. 2005): <http://www.turkishdailynews.com.tr/article.php?enewsid=28792>
- 35 Organisation der islamischen Konferenz: www.oic-oci.org/ sowie ein Überblick über den Reformprozess in der Rede des Generalsekretärs der Organisation beim Gipfel vom 7.-8. Dezember 2005: <http://www.oic-oci.org/ex-summit/english/speeches/sg-speech-sum.htm>

Friedrich-Ebert-Stiftung
Cihannüma Mahallesi
Mehmet Ali Bey Sk. 10/D5
34353 Besiktas-Istanbul
Türkei
Tel: +90 212 258 70 01
contact@festr.org
www.festr.org

Verantwortlich:
Bettina Luise Rürup
© FES Türkei, 2006

Im *Fokus Türkei* veröffentlichte Artikel spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Herausgeberin wider, sondern lediglich die des Autors.

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG